

Anfragen zum Plenum in der 29. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Verzögerung und die Kostenexplosion beim Bau der 2. Stammstrecke auch Auswirkungen auf den geplanten Personennahverkehr auf dem Münchner Nordring haben, wie der aktuelle Zeitplan für den geplanten S-Bahn-Pendelverkehr zwischen Karlsfeld und dem BMW FIZ ist und inwiefern die Finanzierung des Pendelverkehrs gesichert ist?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) auch ohne eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht von den bayerischen Sicherheitsbehörden immer noch als extremistisch (beeinflusste) Organisation eingestuft wird, falls ja, welche Gründe für diesen bayerischen Sonderweg ausschlaggebend sind und falls nein, warum die VVN/BdA bei der Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern im öffentlichen Dienst immer noch im Verzeichnis der extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen aufgeführt wird?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem im Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER vom 5. November 2018 die Einführung eines 365-Euro-Tickets vereinbart wurde – Zitat: „Für die großen Städte München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg wollen wir auf Dauer ein 365-Euro-Jahresticket einführen.“ – frage ich die Staatsregierung, warum sie sich von diesem Ziel verabschiedet hat, aber Ministerpräsident Dr. Markus Söder jetzt vom Bund ein 365-Euro-Ticket fordert, welche Zuschüsse und Hilfen sie in den Verkehrsverbänden für die ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarten „Voraussetzungen für neue Tarifangebote für Jugendliche sowie Schülerinnen und Schüler“ seit November 2018 bis heute geleistet hat und warum sich der Freistaat – z. B. gerade in München – aus der Finanzierung des 365-Euro-Tickets für Studierende zurückzieht?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass das Staatsministerium für Wohnen, Bauen und Verkehr (StMB) die Staatskanzlei am 23.12.2020 informiert hat, dass aus Sicht des StMB die Fertigstellung der 2. Stammstrecke sich um mehrere Jahre verzögere und dass mit einer Kostensteigerung um ca. 3,8 Mrd. Euro auf über 5 Mrd. Euro zu rechnen sei und ob es zutrifft, dass das StMB dazu möglichst rasch um ein Spitzengespräch mit dem Bundesverkehrsminister und der DB gebeten hat, zu dem Ministerpräsident Dr. Markus Söder einlädt?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, ob es Überlegungen gibt, angesichts der vorgenannten Kostensteigerungen beim von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft bestellten bzw. zu bestellenden Zugangebot in Bayern Einsparungen vorzunehmen, wenn ja, welche und mit welchen Auswirkungen auf andere Projekte des GVFG-Bundesprogramms (GVFG = Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) in Bayern die Staatsregierung rechnet?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sie ausschließen kann, dass die beabsichtigten ökologischen Flutungen sowie der Retentionsfall Oberflächenwasserkörper im Rückhalteraum Leipheim durch den Transport quecksilberhaltiger Sedimente verschlechtern könnten, wodurch sich die Absicht des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz geändert hat, das in Person des damaligen Staatsministers Marcel Huber regelmäßige Flutungen in den „Bereich der Mythen“ verwies¹, und ob es zutreffend ist, dass ein möglicher Flutpolder bei Leipheim im Falle eines Extremhochwassers (HQextrem) aufgrund des kieshaltigen Untergrunds die Bevölkerung sowie das Gewerbe mit einem zusätzlichen Grundwasseraustritt von bis zu einem Meter über Grund gefährden könnte?

¹ <https://www.augsburger-allgemeine.de/guenzburg/Landkreis-Guenzburg-Flutpolder-Leipheim-Umweltminister-wartet-auf-Studien-id51707366.html>

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es differenzierte Vorgaben an die Ausländerbehörden, einen Ermessensspielraum oder Ähnliches walten zu lassen, gibt bzw. ob die Behörden Möglichkeiten hätten, einen solchen selbstständig einzusetzen und den Abschiebebescheid vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis zur Einführung des neuen Chancen-Aufenthaltsgesetz ruhen zu lassen, wenn geduldete Geflüchtete, die unter die neue Regelung des Chancen-Aufenthaltsgesetz fallen,

- eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz haben,
- Frauen oder Familien aus Herkunftsländern, in denen z. B. FGM-C (weibliche Genitalverstümmelung) angewendet wird, sind,
- keine Papiere haben und sie für deren Beschaffung mit der neuen Regelung mehr Zeit erhalten würden?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerber sich derzeit im Kreis Deggendorf aufhalten (bitte nach Aufenthaltstitel aufschlüsseln), wie viele der Asylbewerber das ANKER-Zentrum (und entsprechende Zweigstellen) bewohnen und wie viele der Asylbewerber dezentral untergebracht sind?

Martina Fehlner
(SPD)

Nachdem sich das Schulfruchtprogramm bei Kitas und Schulen großer Beliebtheit erfreut und die zusätzliche Portion Obst oder Gemüse nicht nur gesund ist, sondern auch den Landwirtinnen und Landwirten Einkommen sichert, darüber hinaus regionale Wertschöpfung fördert und Kinder an eine gesunde Ernährung heranführt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Portionen (bitte aufgeteilt in Öko- und konventionelle Ware angeben) in den Jahren 2017 bis 2022 in wie viele Einrichtungen geliefert worden sind (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen und Einrichtungen angeben) und mit welcher Erhöhung der Zahlungen für die Öko- und konventionelle Ware zu rechnen ist (bitte mit Angabe des Zeitraums/Datums der Erhöhung der Zahlungen)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund des im Juli 2020 durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten „Digital-Turbos“ und des diesbezüglich wesentlichen Beitrags aus Landesmitteln für die sogenannte BayernCloud Schule (ByCS) als avisiertes Vorzeigeprojekt frage ich die Staatsregierung, wie weit die Umsetzung der ByCS mittlerweile vorangeschritten ist (bitte insbesondere bisher eingegangene Verpflichtungen und verausgabte Landesmittel in den einzelnen Jahren sowie Ablauf und bisherige Ergebnisse der Vergabeverfahren wie z. B. KoKo22 sowie aktuellen Stand der anstehenden Meilensteine darstellen), welche (finanziellen) Vorteile sich die Staatsregierung durch eine zentrale, staatliche Bereitstellung einer bestimmten Softwareauswahl für WebOffice, Messenger und Cloudspeicher im Vergleich zur Unterstützung des Einsatzes von am Markt gebräuchlichen Alternativen z. B. über die Bereitstellung von Schnittstellen und/oder Rahmenverträgen erhofft (bitte hierbei auch auf die Planungen rund um das VIDIS-Projekt eingehen, die Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie Kosten-Nutzenanalyse für ByCS wiedergeben und Vorbilder für das Zielbild der BayernCloud Schule darstellen) und welche (insbesondere finanziellen) Folgen ggf. ein Stopp der weiteren Umsetzung der von KoKo22 umfassten Komponenten hätte?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der schon seit Langem untragbaren baulichen Unterbringungssituation der Gefangenen im West- und im Ostbau der Justizvollzugsanstalt München und des dringenden Sanierungsbedarfs des Nord- und Südbaus frage ich die Staatsregierung, in welchem Stadium sich die Planung für den seit langem beschlossenen, dringend notwendigen Ersatzbau aktuell befindet, mit welchem greifbaren Ergebnis die im Haushaltsplan 2021 veranschlagten Planungsmittel für dieses Ausweichquartier während der Abbruch- und Neubauphase in den Jahren 2021 und 2022 verwendet worden sind, um das Vorhaben voranzubringen, und wann (gemäß der in Drs. 18/12041 vom 07.12.2020 für 2023 angekündigten Bereitstellung von Baumitteln) endlich konkret mit dem Baubeginn zu rechnen ist?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Anlässlich der Äußerungen von Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume im Interview mit der Main-Post in der Ausgabe vom 11. Juli 2022 zum Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE) in Würzburg („Ich bin zuversichtlich, dass es am Ende eine gute Zukunftsperspektive für das ZAE geben wird.“) und zum geplanten Aufbau eines Zentrums für Angewandte Klimaforschung in Würzburg (WueZAK), einem von fünf Leitprojekten der Region Mainfranken („Die Zielsetzung des Vorhabens unterstütze ich sehr. Aber auch hier braucht es ein belastbares Konzept, das alle notwendigen Partner zusammenbringt und eine Umsetzung ermöglicht.“), und angesichts der aktuell erneut und deutlich spürbaren Auswirkungen des Klimawandels sowie der Aussichten weiterer Verschärfungen frage ich die Staatsregierung, bis wann in diesem Sommer mit der Einigung innerhalb der Staatsregierung, insbesondere bei den beteiligten Staatsministerien (Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst), für eine dauerhafte finanziell tragfähige Zukunftsperspektive des ZAE Würzburg zu rechnen ist (bitte unter Angabe bereits erzielter Verhandlungsergebnisse), welche konkreten Anforderungen sie an ein „belastbares Konzept“ für das WueZAK stellt (bitte unter Angabe bereits geplanter konkreter Schritte der Staatsregierung für eine Unterstützung zur Ausarbeitung eines solchen Konzeptes, insbesondere unter Nennung der als notwendig erachteten Punkte, soweit sie über das bereits seit Mai 2021 der Staatsregierung vorliegende Konzept hinausgehen), insbesondere im Hinblick auf die genannten „notwendigen“ Partnerinnen bzw. Partner in Unterfranken und Bayern (also über die bereits am Projekt Beteiligten hinaus – das sind bislang: Universität Würzburg, Universitätsklinik Würzburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt, Stiftung Umweltenergierecht, ZAE Würzburg, Bayerische Forstschule und Technikerschule für Waldwirtschaft, Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, Deutsches Zentrum für Herzinsuffizienz, Deutsches Zentrum für Präventionsforschung und Psychische Gesundheit, Fraunhofer-Institut für Silicatforschung, Helmholtz-Institut für RNA-basierte Infektionsforschung, Missioklinik Würzburg und SKZ – Das Kunststoff-Zentrum), und welche finanziellen Mittel für anwendungsorientierte Energie- und Klimaforschung beabsichtigt sie in der von Klimaerhitzung, Wasserknappheit, Trockenheit und Sturzfluten geplagten Region Unterfranken für deren universitäre wie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Staatshaushalt 2023 einzuplanen (bitte unter Angabe der geplanten Mittel für das ZAE Würzburg, für den möglichen Start einer Klimaforschungseinrichtung wie dem WueZAK sowie für weitere unterfränkische Institutionen im Bereich Energie- und Klimaforschung)?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mengen an durch abgerissene Gebäude anfallendem Altbeton in Bayern im letzten Jahr recycelt wurden, wie hoch dabei der Anteil an sogenanntem Downcycling war und wie hoch der Anteil an tatsächlich wiederverwertetem Material?

Richard Graupner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Öffentlichkeit erst im Juli 2022 vom Sensationsfund der Tonskulptur, der sogenannten „Wassergöttin“, die bereits im März 2021 bei Grabungen im Raum Schweinfurt gefunden worden war, erfuhr, wann frühestens mit einer Präsentation der Tonskulptur, die laut Generalkonservator Mathias Pfeil ein Sensationsfund in Mitteleuropa sei, für die interessierte Öffentlichkeit gerechnet werden kann und ob sie bei einer etwaigen Dauerausstellung den Fundort im Umkreis von Schweinfurt als möglichen Ausstellungsort in Betracht ziehen wird?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen das Modellprojekt „Lehrer in der Wirtschaft“ in Kooperation mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) bisher nur für Lehrkräfte der Gymnasien angeboten wird, inwiefern sie plant, dieses Modellprojekt auf Lehrkräfte anderer Schularten auszuweiten (bitte unter Nennung des aktuellen Planungsstands, soweit diese Vorliegen), und welche Art von Projekten die Lehrkräfte nach ihrem Einsatz in der Wirtschaft an ihrer Schule initiiert haben (bitte unter Nennung der einzelnen Projektthemenfelder und der Angabe, ob diese jeweils verstetigt worden sind)?

Prof. Dr. Ingo Hahn
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass die sieben wichtigsten Industriestaaten (G7) sich erstmals darauf verständigt haben, die Kohleverstromung zu beenden und ihre Elektrizitätsversorgung bis 2035 weitgehend CO₂-frei zu gestalten, und auch die Staatsregierung mit dem „Energieplan Bayern“ das Ziel verfolgt, eine sichere, bezahlbare und weitgehend erneuerbare Energieversorgung zu realisieren, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Folgen auf die Versorgungssicherheit mit bezahlbarer Energie in Bayern bewertet, falls der Anteil der erneuerbaren Energien „konsequent und zeitnah mit allen zur Verfügung stehenden technischen Mitteln“¹ weiter gesteigert wird und zeitgleich grundlastfähige Kraftwerke weiter stillgelegt werden, wie hoch nach der Umsetzung des „Energieplans Bayern“ die Reservekapazitäten an konventionellen und grundlastfähigen Kraftwerken sein müssten, um bei einer Phase ohne nennenswerte Stromproduktion aus erneuerbaren Energien (sog. „Dunkelflaute“) eine weitestgehende Energieautarkie und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, und welche kurz- und mittelfristigen Umweltwirkungen und Emissionen durch die Umsetzung des „Energieplans Bayern“ und den damit einhergehenden Ausbau der erneuerbaren Energien lokal und global entstehen würden?

¹ <https://fw-landtag.de/aktuelles/presse/pressemitteilungen-details/vor-der-regierungserklaerung-zum-neuen-energieplan-bayern>

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, wann die Staatskanzlei informiert wurde, dass gegebenenfalls das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts unter 1,0 liegen könnte und damit die Kofinanzierung durch den Bund infrage gestellt oder auf einen proportionalen Anteil gemäß Tragfähigkeitsprinzip reduziert werden könnte, und was sie daraufhin unternommen hat?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann die notärztlichen Versorgungsstrukturen und -bedarfe im Landkreis Aichach-Friedberg das letzte Mal von der dafür zuständigen Stelle evaluiert und angepasst wurden und wie viele Schichten im notärztlichen Dienst mit welchen Folgen in den vergangenen sechs Monaten nicht besetzt waren (bitte in diesem Zusammenhang Maßnahmen nennen, mit denen die Staatsregierung in Absprache mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns die notärztliche Versorgung, inklusive der Besetzung aller Schichten, künftig gewährleistet)?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, ob sie mit Planungen begonnen hat, wie der derzeitige Baufortschritt im Falle eines Scheiterns der Finanzierung der Baukostensteigerung möglichst effizient weiterverwendet werden kann, wenn nein, warum nicht, und wie sie z. B. durch Vorziehen anderer Maßnahmen bereits vor 2037 deutliche Verbesserungen für die wachsende Zahl der S-Bahn-Fahrgäste erreichen möchte?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ihr die Problematik bekannt ist, dass mehrere Fachvertreterinnen und Fachvertreter die bestehende Zahl an Studienplätzen für den Master Klinische Psychologie und Psychotherapie angesichts des hohen Bedarfs an Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als zu gering erachten, wie viele Studienplätze in diesem Bereich aus Sicht der Staatsregierung tatsächlich fehlen und wie sie dieses Problem kurzfristig (d. h. ab dem Wintersemester 2022/23) zu lösen gedenkt?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerungen bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, wann der in der Bau- und Finanzierungsvereinbarung vorgesehene „Lenkungskreis“ getagt hat (bitte alle Termine aufzählen), wer in diesem Gremium vertreten ist/war (bitte alle Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer einzeln und mit Zeitraum der Zugehörigkeit/Teilnahme aufzählen) und wann dort Kostensteigerungen und Bauzeitverzögerungen bekannt/thematisiert wurden (bitte konkrete Termine für alle bekanntgewordenen Kostensteigerungen und Bauzeitverzögerungen angeben)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage der Einsatz der Palantir-Software VeRA erfolgen soll, wie sichergestellt werden soll, dass die Software nur bei Ermittlungen wegen schwerer Kriminalität zum Einsatz kommt (bitte mit Stellungnahme zum Vorschlag eines Richtervorbehalts als Voraussetzung zur Nutzung der Software) und inwiefern sie plant, die Legislative bei diesem Prozess zu beteiligen (sowohl den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als auch das Plenum)?

Christian Klingen
(Fraktionslos)

Vor dem Hintergrund, dass in Bayern etwa zehnmal so viele Menschen zwangsweise bzw. gegen ihren Willen in psychiatrischen Einrichtungen untergebracht werden als in anderen Bundesländern, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe vorliegen, dass im Freistaat deutlich mehr Menschen zwangsweise bzw. gegen ihren Willen in psychiatrischen Kliniken untergebracht werden als in den übrigen Bundesländern, welche Anlässe im Freistaat zu dieser außergewöhnlich hohen Anzahl an psychiatrischen Zwangsunterbringungen führen (bitte auch ein Augenmerk auf die psychischen Folgen der Coronapandemie legen) und wie hoch die Anzahl von Unterbringungsplätzen in psychiatrischen Kliniken oder vergleichbaren anderen Einrichtungen mit psychiatrischen Behandlungsmöglichkeiten ist (bitte auch den Auslastungsgrad der psychiatrischen Kliniken nennen sowie die Anzahl der zwangsweise untergebrachten Personen, die innerhalb der ersten Woche nach ihrer Einweisung wieder entlassen werden)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf das Schreiben vom 27.07.2021 des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr an die Unteren Bauaufsichtsbehörden und Kommunalen Spitzenverbände bezüglich klimasensiblen Umgang mit Niederschlagswasser in der Bauleitplanung frage ich die Staatsregierung, welche staatlichen Stellen in Unterfranken bisher Regenwasser für die Bewässerung ihrer Grünflächen sammeln (bitte jeweilige Stelle und Prozentanteil aller staatlichen Stellen mit Niederschlagswasser in Unterfranken angeben), bei welchen staatlichen Stellen dies in Zukunft geplant ist und inwieweit der Planungsstand bisher fortgeschritten ist?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, an welchen Terminen die „Baubegleitung“ des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr getagt hat, wer in dem Gremium vertreten war und wann dort erstmals Kostensteigerungen und Bauverzögerungen besprochen wurden?

Natascha Kohnen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Verzögerungen beim Bauprojekt „Wohnen und Arbeiten in Moritzhöfen“ der BayernHeim GmbH zur Errichtung bezahlbaren Wohnraums auf dem Gelände der ehemaligen Röhreseekaserne in Bayreuth (Prämierung Architektenentwurf Februar 2020, geplanter Baustart 2023) frage ich die Staatsregierung, wie es zu den Bauverzögerungen kommen konnte, inwieweit sie beabsichtigt, die Abstimmungsprozesse zwischen den beiden betroffenen staatlichen Akteuren – der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) als Grundstückseigentümerin und der BayernHeim als Bauherrin – zu evaluieren und zu verbessern, und welche Maßnahmen sie unternimmt, um solche Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen staatseigenen Grundstücks- und Wohnungsbauakteuren in Zukunft effektiver und effizienter zu gestalten?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe vorliegen, weswegen sie den von der Deutschen Bahn übermittelten Sachstand vom 25.09.2020 (erwartete Inbetriebnahme 2034, Mehrkosten mindestens 1,4 Mrd. Euro), den das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) der Staatskanzlei (gemäß Augsburger Allgemeinen vom 18.07.2022) am 23.12.2020 übermittelte, dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr am 12.07.2022 trotz mehrfacher Nachfragen bewusst verschwiegen und zurückhielt, welche Gründe vorliegen, sodass zwischen Herbst 2020 und Bundestagswahl 2021 kein Lösungsvorschlag zum Umgang mit verspäteter Inbetriebnahme und Mehrkosten bzgl. 2. Stammstrecke durch den damaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und der damaligen Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer erarbeitet wurde (bitte um Darlegung aller Termine zwischen dem damaligen Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und StMB zwischen 25.09.2020 und 26.09.2021 zum Thema 2. Stammstrecke samt Sachgegenstand), und welche Risiken in dem Schreiben vom 23.12.2020 seitens des StMB angeführt wurden (bitte um Aushändigung des Schreibens der Deutschen Bahn vom 25.09.2020 und des Schreibens des StMB vom 23.12.2020)?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Durchfallquote der Schülerinnen und Schüler ist, die im Mai bayernweit zur staatlichen Zwischenprüfung der generalistischen Pflegeausbildung angetreten sind, welche Rückschlüsse die Durchfallquote darauf zulässt, wie gut die Lehrinhalte der Schulen auf die zentral erstellte Zwischenprüfung abgestimmt sind und welche Maßnahmen sie zukünftig zu ergreifen plant, um die Schülerinnen und Schüler besser zum Bestehen der zentral erstellten Prüfungen zu befähigen?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Summen in den vergangenen fünf Jahren Projekte von Filmproduktionsfirmen in komplett weiblichem Besitz in Bayern gefördert wurden (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Projekten, Summen pro Projekt), wie hoch dabei in den vergangenen fünf Jahren die Fördersummen waren, die jeweils an Filmproduktionsfirmen mit weiblicher Mehrheitsbeteiligung gingen (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Projekten, Summen pro Projekt) und wie hoch in den vergangenen fünf Jahren die Summen waren, die an Produktionsfirmen vergeben wurden, in denen Frauen eine Sperrminorität hatten (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Projekten, Summen pro Projekt)?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Notstromgeräte Bayern in welchen Einrichtungen vorhält und wie viele dieser Geräte voll einsatzfähig sind (bitte auf mögliche Betriebsdauer auch ggf. auf Mängel der Geräte eingehen)?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten für die medizinische Heilbehandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Freistaat ohne Erwerbstätigkeit in den Jahren 2019, 2020, 2021 und Januar bis Mai 2022 angefallen sind, ob es hier für den oben genannten Zeitraum Ergebnisse vor allem in Bezug auf den Status von Infektionskrankheiten gibt und ob eine lückenlose Untersuchung bei allen Flüchtlingen und Asylsuchenden stattfand?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Messerangriffs in Memmingen am 10.07.2022 frage ich die Staatsregierung, welche Nationalität der Tatverdächtige hat, ob es sich beim „Hinwendungsort“ um ein Asylantenheim handelt und welche Anweisungen es für die Verfasser von Polizeiberichten gibt, was die Nennung von Nationalitäten von Tatverdächtigen anbelangt (bitte sämtliche Anweisungen tabellarisch darstellen und mit Datum der Anweisung versehen; falls dies nicht möglich ist, bitte auf Polizeipräsidium Schwaben Süd/West begrenzen)?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie einen Zusammenhang zwischen der Coronapandemie und dem 9-Euro-Ticket sieht, ob eine Entnahme aus den Rücklagen des Staatshaushalts notwendig ist, um den ÖPNV-Rettungsschirm und den Ausgleich für das 9-Euro-Ticket zu finanzieren, und ob der Sonderfonds Coronapandemie (einschließlich der in das Corona-Investitionsprogramm umgeleiteten Mittel) durch eine etwaige Entnahme aus den Rücklagen somit mehr als die 2020 geplanten 20 Mrd. Euro ausgeben wird?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was die wichtigsten/größten Lagerstätten/Speicher in Deutschland und Bayern für jeweils Rohöl, Benzin, Kerosin, Diesel, Petroleum, Heizöl und Naphtha sind (bitte für jedes der genannten Produkte tabellarisch auflisten nach Ort, Speicherkapazität, Eigentümer), wie hoch der Füllstand der o. g. Lagerstätten/Speicher zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage war (bitte für jedes der genannten Produkte tabellarisch auflisten nach Grad/Anteil der Befüllung) und wie die Ergebnisse des von [REDACTED] genannten und von der Staatsregierung bei der Bundesnetzagentur angeforderten Stresstests zur Frage lauten, ob die Stromversorgung ohne Atomstrom bei Gasmangel im Winter 2022/23 gewährleistet sei (siehe dazu Protokollauszug der 61. Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung vom 23.06.2022; bitte Ergebnisse beifügen)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Streichung der Hälfte aller Züge zwischen München, Regensburg und Hof durch die Länderbahn bewertet, wie sie sich aktiv um ein verlässliches und funktionierendes Ersatzangebot bemühen wird und ob sie über Informationen zur Bedienung der Zugverbindung nach Prag durch die Länderbahn während der Sommermonate verfügt?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, wann die Staatskanzlei erstmals von Kostensteigerungen und Bauverzögerungen informiert wurde, was sie unternommen hat und wann die Staatskanzlei Kontakt zu Staatsminister Christian Bernreiter und der DB AG gesucht hat?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele meldepflichtige Vorfälle von erhöhten Chromwerten in Kleidung gemäß der REACH-Verordnung der EU es in Bayern in den vergangenen fünf Jahren gab (bitte Angabe mit Höhe der Überschreitung des gesetzlichen Grenzwerts von 3 mg/kg – unterteilt nach (Leder-)Kleidung bzw. (Leder-)Schuhen, mit Anzeige von zuordenbaren Auswirkungen auf die Gesundheit von Konsumentinnen bzw. Konsumenten sowie Auflistung der erfolgten Konsequenzen für die entsprechenden Produktionsbetriebe)?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem bekannt wurde, dass die Kosten für den Bau der 2. Stammstrecke in München explodieren werden und zu erwarten ist, dass der Freistaat Bayern hierdurch erhebliche zusätzliche – bislang noch nicht eingeplante – Ausgaben zu tragen haben wird, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Positionen im bayerischen Staatshaushalt diese Mehrkosten zu finanzieren sein werden, wie sich diese zusätzlichen Kosten auf die Finanzierung anderer in Bayern notwendiger Projekte auswirken werden und durch welche Maßnahmen sie garantieren will, dass es nicht zu einer Mittelkonzentration im Ballungszentrum München zulasten der ÖPNV-Finanzierung in den ländlichen Räumen in Bayern kommen wird?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang sie plant, die gestiegenen Energiekosten für die bayerischen Hochschulen auszugleichen, welche Möglichkeiten sie den bayerischen Hochschulen zur energetischen Sanierung gibt, um hohe Energiekosten künftig zu vermeiden, und welche Möglichkeiten es für die bayerischen Hochschulen zum flächendeckenden Einsatz erneuerbarer Energien gibt?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, die Ausfallfonds I und II für Filmproduktionen zur Absicherung der coronabedingten und noch immer privat nicht versicherbaren Ausfälle in Anlehnung an den sehr erfolgreichen Ausfallfonds I, der vonseiten des Bundes (BKM) bereits bis zum 31.03.2023 verlängert wurde, zu verlängern, wenn nein, wie sollen die Planungssicherheit für die in Bayern ansässige Filmbranche mit ihren Produzentinnen und Produzenten von Film-, Streaming- und TV-Produktionen gewährleistet und der ohne Ausfallfonds entstehende Standortnachteil für die Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Firmen ausgeglichen werden (bitte konkrete Projekte und Summen angeben) bzw. wenn ja, mit welcher Summe will der Freistaat einspringen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Pro-Kopf-Ausgaben pro Kind unter sechs Jahren in der Kindertagesbetreuung in Bayern sind (bitte pro Jahr seit 2019 als Gesamtwert sowie differenziert nach Investitionskosten und Grundmittel für Betriebskostenförderung angeben), wie diese Ausgaben durch die Staatsregierung zu rechtfertigen sind mit Blick auf Berechnungen der Bertelsmann Stiftung, wonach Bayern mit seinen zweitmeisten Einwohnerinnen und Einwohnern im Bundesvergleich bei den Grundmitteln für die Kindertagesbetreuung auf dem letzten Platz liegt, und welche Überlegungen der Staatsregierung es gibt, das Programm „Sprach-Kita“ in Bayern ab 2023 fortzuführen?

Florian Ritter
(SPD)

Nachdem laut Meldung u. a. von Fabian Eberhard¹ am zweiten Juli-Wochenende in Verona ein großes internationales Vernetzungsfestival der extremen Rechten stattgefunden haben soll, organisiert von italienischen Identitären und Hammerskins, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse über die Teilnahme von Personen aus Bayern an der Veranstaltung vorliegen und welche Vernetzungsbestrebungen von bayerischen Identitären mit anderen Rechtsextremisten (NPD, Der III. Weg etc.) und hinein in die verschwörungsideologische Szene (Querdenken, München steht auf, Bayern steht zusammen, Studenten stehen auf etc.) ihr bekannt sind?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Schutz vor einer Abschiebung Frauen erhalten, die von Zwangsprostitution betroffen sind und aus diesem Grund ohne legalen Aufenthalt in Bayern aufhalten, wie viele von Zwangsprostitution betroffene Frauen in den letzten zehn Jahren aus Bayern abgeschoben wurden und welche Möglichkeiten für einen Ausstieg aus der Prostitution für diese Personengruppe in Bayern bestehen?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Aufenthaltsstatus der Tatverdächtige hat, ob der Tatverdächtige (ggf. einschlägig) vorbestraft ist und wie der Sachstand des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens ist?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zum erfolgten nicht barrierefreien Umbau des Bahnhofs Westheim bei Neusäß frage ich die Staatsregierung, weshalb für den Bahnhof Westheim der im DB-Handbuch für barrierefreies Bauen an Bahnhöfen unterhalb der 1000er-Regel vorgesehene besondere Bedarf nicht bejaht wurde, obwohl sich in direkter Nähe zwei Kindertagesstätten, davon eine Inklusionskinderbetreuungseinrichtung, eine Grundschule, eine Seniorenwohngemeinschaft sowie ein Seniorenheim befinden, ob die im DB-Handbuch vorgesehene Nachrüstbarkeit von Aufzügen bzw. langen Rampen beim Umbau des Bahnhofs entsprechend berücksichtigt wurde und warum der Freistaat unabhängig von den DB-internen Regelungen für Umbauten nicht selbst einen Antrag auf barrierefreien Umbau des Bahnhofs und eine Finanzierung nach Anlage 8.7 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) oder Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gestellt hat, so wie dies in einem Schreiben des Bundesverkehrsministeriums (Staatssekretär Enak Ferlemann) an Ekin Deligöz, MdB, vom 24.06.2021 ange-regt wird?

¹ <https://twitter.com/FabianEberhard/status/1546578245503619072?s=20&t=hrhjJIoU1Mb8N81-yXfrMQ>

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis die angekündigte Prüfung dienstrechtlicher Konsequenzen gegen die verbeamtete Schulleiterin der illegalen „Querdenker“-Schule in Schechen im Landkreis Rosenheim geführt hat, ob gegen die Lehrerin dienst- oder arbeitsrechtliche Maßnahmen eingeleitet wurden und falls ja, welche?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange die Bearbeitung der Arbeitsverträge für befristet angestellte Lehrkräfte, Dritt- und Auschilslehrkräfte dauert, ob eine Aufstockung der personalverwaltenden Stellen beim Landesamt für Schule sowie bei den Regierungen bzw. den Staatlichen Schulämtern erfolgt ist und wie viele Personen zusätzlich jeweils an diesen Institutionen eingestellt wurden (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da im Zweiten Gesetz zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) Wildlebensraumberater eingesetzt wurden, deren Aufgabe auch darin besteht, Biotopverbände aufzubauen, frage ich die Staatsregierung, wo bisher der Aufbau eines Biotopverbundes durch Wildlebensraumberater umgesetzt wurde (bitte Maßnahme, Größe und Landkreis angeben), welche Mittel zur Umsetzung des Biotopverbundes zur Verfügung stehen und wie der Biotopverbund mit den Planungen des Landesamtes für Umwelt koordiniert wird?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Zugverbindungen für die Strecken München – Lenggries, München – Tegernsee und München – Bayrischzell für die anstehenden Sommermonate August und September bestellt und vom Verkehrsunternehmen bestätigt bzw. zugesagt wurden, inwiefern sich diese Zahlen zum Vorjahr unterscheiden und ob mit Blick auf die Sommerferien zusätzliche Züge für touristisch typische Zeiten bestellt wurden?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Frauen und Kinder derzeit in allen Frauenhäusern untergebracht sind, welche Staatsangehörigkeit die Frauen in den Frauenhäusern haben (tabellarische Angabe der Zahlen) und welche Religionszugehörigkeit die Frauen in den Frauenhäusern haben (tabellarische Angabe der Zahlen)?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann das Gutachten zur Klärung verschiedener Fragestellungen zum landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Bayern (Drs. 18/11798) vorliegt und welche neuen Erkenntnisse, ergänzend zur Expertenanhörung „Bauernland in Bauernhand“ vom April 2021, sich daraus nach Einschätzung der Staatsregierung ergeben?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Pressemitteilung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 25.05.2022¹, in der es heißt, dass es „rund 1 500 kleinere Schlachtbetriebe in ganz Bayern“ gibt, frage ich die Staatsregierung, wo sich diese einzelnen Schlachtstätten befinden (bitte Auflistung für Oberfranken), in welchem Umfang diese Schlachtstätten Schlachtungen durchführen (Anzahl pro Tierart pro Woche oder pro Jahr) und wer die Betreiber der Schlachtstätten sind (zumindest Angaben über Art des Betreibers, z. B. privat, Genossenschaft, kommunal o. ä.)?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Nachdem der Landtag im April 2022 800.000 Euro für eine Studie am Uniklinikum Erlangen bewilligt hat, in welcher die Wirksamkeit des Herzmedikaments BC 007 auch bei Betroffenen mit Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS) untersucht werden sollte, und inzwischen aus verschiedenen Medienberichten hervorgeht, dass das entsprechende Präparat BC 007 von der Firma Berlin Cures für die erweiterte Studie auf ME/CFS am Uniklinikum Erlangen nicht zur Verfügung gestellt werden kann, frage ich die Staatsregierung, inwieweit die bewilligten Haushaltsmittel weiterhin für die Erforschung von ME/CFS eingesetzt werden können, welche Erkenntnisse der Staatsregierung zu den Lieferschwierigkeiten des Medikaments vorliegen und welche politischen Möglichkeiten sie sieht, um die Forschung der Krankheit weiter zu unterstützen?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Arztsitze, die mit der Anfang des Jahres unerwarteten Schließung der Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Ostbayern (Standorte Freising, Landshut, Eggenfelden, Abensberg, Passau) frei geworden sind, mittlerweile im gleichen Umfang nachbesetzt wurden, bis wann die noch unbesetzten Sitze nachbesetzt werden sollen (sollte keine Nachbesetzung erfolgen, bitte begründen) und wie die weitere psychologische Betreuung der ca. 910 betroffenen Patientinnen bzw. Patienten seit der Schließung der Praxen sichergestellt wurde?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum der Bachelor-Studiengang „Soziale Arbeit“, der im Wintersemester 2018 an der Hochschule Augsburg gestartet ist und für die Fachkräftegewinnung in der Region Augsburg von außerordentlicher Bedeutung ist, bislang keine Finanzmittel für die Professuren für diesen Studiengang vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst erhalten hat?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann der vom Kabinett getroffene Beschluss, in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten die 10 H-Regelung aufzuheben, umgesetzt wird, wann eine Ausweitung des Windkümmerer-Programms vorgesehen ist, da derzeit viele Kommunen auf der Warteliste stehen und ob es geplant ist, nach dem Vorbild des Bundeswirtschaftsministeriums eine Studie zu beauftragen, welche die geeigneten Flächen in den 18 Planungs-

¹ <https://www.stmelf.bayern.de/service/presse/pm/2022/303156/index.php>

regionen ermittelt, um eine Aufteilung der Flächenkontingente auf die Planungsverbände zu ermöglichen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Nachdem der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder laut Medienberichten behauptet, dass der Süden zunehmend ausgeblendet werde, in diesem Zusammenhang von einem „Bayern-Bashing“ spricht und davon, dass nationale Fördermittel in den Bereichen Verkehr und Wissenschaft gekürzt würden oder plötzlich auf den Prüfstand kämen, frage ich die Staatsregierung, wo in den Bereichen Verkehr und Wissenschaft gerade Fördermittel des Bundes für den Freistaat gekürzt werden (bitte die angeblichen Kürzungen konkret mit Zahlen insbesondere auch im Ländervergleich belegen) oder aktuell auf den Prüfstand kommen (bitte konkret die Art und Höhe der Bundesmitteln ausführen), in welchen Bereichen über Verkehr und Wissenschaft hinaus es zur Zeit nach Auffassung der Staatsregierung eine Kürzung oder Überprüfung der Bundesmittel gegenüber Bayern gibt (bitte wiederum konkret mit Zahlen und Fakten belegen) und welche Schritte die Staatsregierung bereits unternommen hat bzw. unternommen wird, um aus ihrer Sicht erforderliche Korrekturen zu erreichen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass ab dem Schuljahr 2022/23 laut einem Schreiben des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus jeder Schulleitung an bayerischen Grund- und Mittelschulen eine Anrechnungsstunde zusätzlich erteilt wird, um die umfangreichen Leitungsaufgaben wahrnehmen zu können, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Basis die Anrechnungsstunden berechnet sind, ob sie davon ausgeht, dass mit den nun um eine Stunde erhöhten Stundenkontingent für Schulleitungen die Aufgaben umfassend mit genügend Arbeitszeit erledigt werden können und welche Anrechnungsstunden für den Förderschulbereich, die im Schreiben nicht erwähnt werden, eingeplant sind?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zuge der unlängst von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter bekanntgegebenen massiven Baukostensteigerungen und Bauzeitverzögerung bei der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München frage ich die Staatsregierung, wie sich die von Staatsminister Christian Bernreiter in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr genannten Abbruchkosten von ca. 2 Mrd. Euro aufschlüsseln in Anbetracht der Tatsache, dass erst etwas über 1 Mrd. Euro an Auftragsvolumen vergeben wurden, und ob man bei der Berechnung dieser Kosten berücksichtigt hat, dass ein erheblicher Teil der bislang durchgeführten Baumaßnahmen (u. a. Bahnhof Laim, Vorbereitung Neubau Empfangsgebäude Hauptbahnhof) durch intelligente Anpassungen sinnvoll weiterverwendet werden kann?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wo sie die in der Pressemitteilung vom 24. Mai angekündigten sieben weiteren Standorte für das Abwassermonitoring in Bayern einzurichten plant, ob die Standorte noch vor Ende der Sommerferien einsatzbereit sind, um eine weitere Infektionswelle im Herbst frühzeitig zu erkennen sowie vorbeugende Maßnahmen einzuleiten, und welche weiteren Standorte/Kommunen sie für ein flächendeckendes Abwassermonitoring in Bayern zu ertüchtigen plant?

Margit Wild
(SPD)

Angesichts der letzte Woche bekanntgegebenen Einstellung des kompletten Absolventenjahrgangs der Lehrkräfte für Grund- und Mittelschulen frage ich die Staatsregierung, wie viele Stellen in den Grund- und Mittelschulen im kommenden Schuljahr (2022/23) dennoch unbesetzt bleiben werden?

Andreas Winhart
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger heute in der Presse fordert, dass die Gas-Notfallstufe 3 unmittelbar in Kraft gesetzt wird, um die Verstromung von Gas unmittelbar zu beenden, frage ich die Staatsregierung, welche Branchen der Wirtschaft in Bayern außer Gaskraftwerken von der Gas-Notfallstufe 3 betroffen wären, ob insbesondere die Lebensmittelindustrie und lebensmittelbezogenes Handwerk (z. B. Bäcker), Glashersteller, Metallindustrie und chemische Industrie davon betroffen sind und welche Priorisierung sie der Gasversorgung von privaten Haushalten in der geforderten Gas-Notfallstufe 3 beimisst?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand bei der Integration der touristischen Verkehre in den Schienenpersonenverkehr ist, welche Fördermöglichkeiten im Haushalt inzwischen geschaffen wurden und welche Ergebnisse die am 26.05.2020 im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr erwähnten Gespräche zwischen dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ergeben haben?